

Satzung
über die Erhebung einer Abgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe
für Kleineinleitungen der Gemeinde Lossatal
(Abwasserabgabenabwälzungssatzung – AbwAAwS)
vom 08.12 2014

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen – SächsGemO – in der jeweils gültigen Fassung und den §§ 7 und 8 des Sächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz vom (SächsAbwAG) in der jeweils gültigen Fassung und des § 2 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes – SächsKAG – in der jeweils gültigen Fassung, hat der Gemeinderat der Gemeinde Lossatal am 08. Dezember 2014 folgende Satzung über die Erhebung einer Abgabe zur Abwälzung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen beschlossen:

§ 1 Erhebungsgrundsatz, Abgabentatbestand

- (1) Die Gemeinde Lossatal erhebt eine Abgabe zur Deckung ihrer Aufwendungen aus der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen nach § 6 Abs. 1 und § 8 Abs. 1 SächsAbwAG. Die Abgabe wird für Grundstücke erhoben, auf denen Abwasser anfällt und für dessen Einleitung die Gemeinde Lossatal nach § 6 Abs. 1 und § 8 Abs. 1 SächsAbwAG anstelle des Einleiters abgabepflichtig ist. Betroffen sind Einleitungen von im Jahresdurchschnitt weniger als acht m³/Tag Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnlichen Schmutzwasser in ein Gewässer oder ins Grundwasser nach § 1 Abs. 1 WHG.
- (2) Schmutzwasser aus Haushaltungen und ähnliche Schmutzwassereinleitungen bleiben abgabenfrei, wenn
 1. der Bau der Abwasserbehandlungsanlage mindestens dem Stand der Technik (KKA mit biologischer Reinigungsstufe) entspricht und
 2. der Schlamm nachweisbar entsprechend der einer dafür geeigneten Abwasserbehandlungsanlage zugeführt oder nach Abfallrecht entsorgt wird.
- (3) Wird Schmutzwasser, mit Ausnahmegenehmigung der höheren Wasserbehörde, rechtmäßig auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden aufgebracht, stellt dies keine Einleitung im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 dar.

§ 2 Abgabenmaßstab und Abgabensatz

- (1) Die Abgabe wird für die Eigentümer von Grundstücken, die Schmutzwasser aus Haushaltungen im Sinne des § 1 Abs. 1 einleiten, nach der Zahl der auf dem Grundstück wohnenden Einwohner berechnet. Maßgebend für die Zahl der Einwohner ist der 30.06 des Kalenderjahres, für das die Abgabe zu entrichten ist. Für die Grundstücke, von denen ähnliche Schmutzwassereinleitungen im Sinne § 1 Abs. 1 vorgenommen werden, weil das

Grundstück nicht oder nicht nur zu Wohnzwecken dient, wird die Abgabe nach der im Kalenderjahr eingeleitete Schmutzwassermenge berechnet. Zur Abgabe nach Satz 1 bis 3 gehört auch der durch die Erhebung der Abgabe entstehende Aufwand für die Zuarbeiten zur Erhebung durch den Freistaat Sachsen und weiterhin der bei der Abwälzung der Abgabepflicht entstehende Verwaltungsaufwand.

- (2) Die Abgabe nach § 2 Abs. 1 Satz 1 wird nach folgender Formel berechnet:

Anzahl der Einwohner des Grundstückes x 50 % x Abgabensatz für eine Schadeinheit
zzgl. Des Verwaltungsaufwandes je Grundstück nach § 2 (5).

- (3) Die Abgabe nach § 2 Abs. 1 Satz 3 wird wie folgt berechnet:

Menge des jährlich eingeleiteten Abwassers geteilt durch 30 multipliziert mit 50 v.h. des Abgabensatzes für eine Schadeinheit zuzüglich des Verwaltungsaufwandes je Grundstück.

- (4) Der Abgabensatz für eine Schadeinheit beträgt: 35,79 €

- (5) Der Verwaltungsaufwand je abgabepflichtigem Grundstück beträgt: 14,36 €

§ 3 Beginn und Ende der Abgabepflicht

- (1) Die Abgabepflicht entsteht jeweils zu Beginn des Jahres in dem die Abgabepflicht entstanden ist und endet jeweils mit Ende des folgenden Kalenderjahres, für das gegenüber der Gemeinde Lossatal die Abwasserabgabe für Kleineinleitungen festgesetzt wurde.
- (2) Abweichend von Abs. 1 endet die Abgabepflicht mit Ablauf des Monats,
 1. In dem die Einleitung vom Grundstück entfällt und dies der Gemeinde Lossatal schriftlich angezeigt wurde;
 2. In dem das Grundstück an das zentrale Abwassernetz angeschlossen wurde;
 3. In dem die Voraussetzungen für die Abgabepflicht (Einleitung von Schmutzwasser aus Haushaltungen oder ähnlichem Schmutzwasser) entfallen.

§ 4 Abgabenschuldner

- (1) Abgabenschuldner ist, wer im Zeitpunkt des Entstehens der Abgabenschuld Eigentümer des Grundstückes ist. Der Erbbauberechtigte oder sonst dinglich zur baulichen Nutzung Berechtigte ist anstelle des Eigentümers Abgabenschuldner.
- (2) Mehrere Abgabenschuldner für dasselbe Grundstück haften als Gesamtschuldner.

§ 5 Entstehung und Fälligkeit

- (1) Die Abgabeschuld entsteht jeweils zum Ende eines Kalenderjahres.
- (2) Die Abgabe ist durch schriftlichen Bescheid festzusetzen.

- (3) Die Abgabe wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides fällig.

§ 6 Pflichten des Abgabeschuldners

Der Grundstückseigentümer, Erbbauberechtigte bzw. sonst dinglich zur baulichen Nutzung berechnete hat die für die Prüfung und Berechnung der Abgabenansprüche erforderlichen Auskünfte zu erteilen und den Zutritt zum Grundstück zu gewährleisten.

§ 7 Ordnungswidrigkeit

- (1) Ordnungswidrigkeit handelt, wer die erforderlichen Auskünfte nach § 6 nicht erteilt.
- (2) Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu € 10.000,00 geahndet werden.

§ 8 In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt zum 01.01.2015 in Kraft.
- (2) Zugleich tritt die Satzung über die Erhebung einer Abgabe zur Abwägung der Abwasserabgabe für Kleineinleitungen der Gemeinde Falkenhain vom 26.11.2007 außer Kraft.

Falkenhain, 09.12.2014


Weigelt
Bürgermeister



Hinweis:

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Die Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.



Weigelt
Bürgermeister